



DER LANDTAGSWAHLKAMPF HAT BEREITS BEGONNEN

# Gut gemeint, aber auch zielführend?



Jörg Bruchmüller.

In meinem letzten Vorwort thematisierte ich die mangelnden Perspektiven für unsere Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den dringend verbesserungswürdigen Stellenplan mit notwendigen Hebungen zur A 11 und die höchst beklagenswerten DuZ-Werte (Dienst zu ungünstigen Zeiten), die in Hessen seit Beginn der Besoldungsanpassung 2004 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In einem Arbeitsgespräch mit LPP Udo Münch Mitte November hatten wir aus Sicht der GdP unter anderem **zwei wesentliche Schwachstellen** klar umrissen:

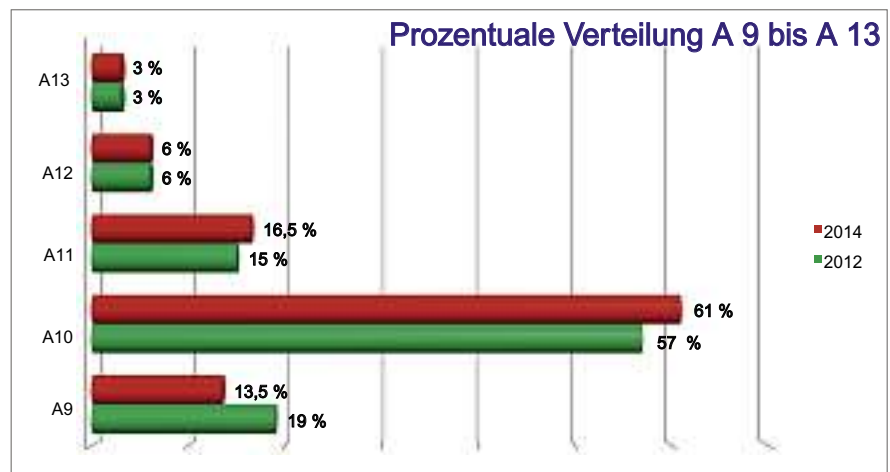
**Erstens:** Durch die ständig steigende Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen gerät der Schichtdienst in eine Überlastungsfalle. Wir registrieren seit geraumer Zeit eine deutliche Absetzbewegung vom belastenden Wechselschichtdienst zum Tagesdienst mit der Folge, dass der Schichtdienst zunehmend ausbrennt, weil dort immer weniger Kolleginnen und Kollegen eingesetzt werden konnten. Das Personalverstärkungsprogramm „300 in 3 Jahren“ aus der Sicherheitsoffensive ist ein erster längst überfälliger und richtiger Schritt, um die Basis zu stärken.

**Zweitens:** Aufgrund der Initiative der GdP wurde 2009 eine gewerkschaftsübergreifende Kooperation gebildet, weil BdK, DPoIG und GdP gemeinsam festgestellt haben, dass im Problembe-

reich der unsäglichen Stellenstruktur der hessischen Polizei das Kernproblem mit **einem A-10er-Bauch** verortet wurde. Nicht nur Insidern war und ist klar, dass der „Bocksbeuteleneffekt“ mit 60 Prozent A-10-Stellen und 15 Prozent A-10-Stellen eine geordnete und transparente Personalentwicklung nicht zulässt. Ich erinnere mich noch gut an die sinnngemäße Aussage vom damaligen Innenminister Volker Bouffier: „*Es kann nicht sein, dass es zu Beginn der Karriere zwei schnelle Beförderungen gibt und anschließend ins Leere geschaut wird, weil der Flaschenhals von A 10 nach A 11 zu eng ist.*“ Die „Gewerkschaftskooperation und der damalige Innenminister verständigten sich daher auf ein erstes Mini-Hebungsprogramm mit dem Schwergewicht der Hebungen A 11 bis A 13. Allen war klar, dass dies erst ein kleiner noch auszubauender Schritt sei. Wir haben uns **gemeinsam seinerzeit auf die KOOP-Fahne** geschrieben, alles zu tun, um den A-10er-Bauch abzuschmelzen ...

**freut mich, dass es uns in den letzten Monaten offensichtlich gelungen ist, in vielen politischen Gesprächen, diese Wertschätzung gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen nunmehr einfordern zu können. Es stellt sich allein die Frage, ob die Finanzmittel im Zuge der einmütig durchgeführten Schwachstellenanalyse effektiv und vor allem im Sinne einer dringend erforderlichen Personalentwicklung nachhaltig und zielführend sind.**

Durch die beabsichtigten Hebungen könnten 869 Beförderungen nach A 10 und 261 Beförderungen nach A 11 realisiert werden. Der Bocksbeuteleneffekt wird dadurch nicht aufgelöst, er wird noch verstärkt. Die Anschlussperspektiven sind zwar für den A-11-Bereich leicht verbessert, aber für weiterführende Ämter verharren sie beim beklagenswerten Status quo. So bleibt das beabsichtigte Hebungsprogramm im Kernbereich eine Strukturmaßnahme überwiegend für personalstarke A-9-Dienststellen.



Umso mehr waren wir überrascht, dass die Landesregierung ein Hebungsprogramm mit einer deutlichen Vermehrung von A-10-Stellen, und einer nur leicht verbesserten A-11-Situation favorisiert. Um Missverständnissen vorzubeugen: **Die politische Intention, die polizeiliche Arbeit mit Stellenhebungen wertzuschätzen, ist außerordentlich lobenswert und es**

- Nur:**
- Was kommt für die Kolleginnen und Kollegen danach?
  - Mit welchem Amt werden sie pensioniert?
  - Was nützt eine leicht verkürzte Standzeit zu Beginn, wenn hintenraus keine Perspektiven da sind.

Fortsetzung auf Seite 2



**DER LANDTAGSWAHLKAMPF HAT BEREITS BEGONNEN**

Fortsetzung von Seite 1

• Wie müsste eine homogene Stellenstruktur von A 9 bis A 13 aussehen, um eine ausgewogene und transparente Karriereentwicklung mit einem hohen Maß an Zufriedenheit auch nach zwanzig Dienstjahren zu gewährleisten?

Mit Blick über die benachbarte Landesgrenze liegen die Antworten auf der Hand. Ich verweise auf den Stellenplan in Nordrhein-Westfalen, wo rund 50 Prozent der Stellen des gehobenen Dienstes (in Hessen 25 Prozent) im Bereich A 11 bis A 13 angesiedelt sind.

Und was ist mit der dringend notwendigen Erhöhung der DuZ, also der Erschwerniszulage im Wechselschichtdienst und bei den OPEen? Auch hier ist eine Orientierung schnell möglich: Mit moderaten Erhöhungen (siehe Bayern) hätte man in Hessen die Einkommenssituation von ca. **7000 Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst mit einem Schlag verbessern können**. Es wär überdies auch das gleiche Klientel, welches nunmehr von den geplanten 1100 Hebungen profitieren soll, **sogar überwiegend in den personalstarken A-9-Dienststellen**.

Insofern hätte man auch flächendeckend mehr Menschen mit positiven Botschaften erreichen können, was vor einer Landtagswahl aus Sicht von politischen Parteien nicht unbedingt als schlecht zu bewerten ist.

Unserem Selbstverständnis „**EINE für ALLE**“ entsprechend, stehen wir daher als Berater und Ideengeber **parteiübergreifend** immer dann gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, die Arbeitsbedingungen für unsere Polizeibeschäftigten nachhaltig zu verbessern.

Euer **Jörg Bruchmüller**

**GdP FORDERT FUNKTIONALEN POLIZEISITZ**

**Solides Handwerk und wissenschaftliche Erkenntnisse weisen den Weg**

Anfang Oktober wurde dem geschäftsführenden Landesvorstand der erste Prototyp eines funktionalen Sitzes in Frankfurt vorgestellt. Dieses Modell zeigt Möglichkeiten auf, wie man insbesondere den Bereich rund um unseren Funktionsgürtel optimaler gestalten kann. Sitzkomfort und Sicherheit sind

Tragen der Dienstwaffe im Fahrzeug erheblich verbessern, wurden ebenfalls umgesetzt. Verstellbare Sitzfläche und alle anderen Vorzüge eines AGR-Sitzes bleiben ebenfalls weitestgehend erhalten. Die Hersteller versichern ein hohes Maß an Flexibilität bei der Fertigung eines funktionalen Sitzes durch individuelle Gestaltungsvielfalt.

Diese ersten gewonnenen Erkenntnisse zu Gestaltungsmöglichkeiten haben wir als GdP aufgenommen und wollen die daraus resultierenden Erfahrungen und Möglichkeiten mit den Fachleuten des PTLV und des Landespolizeipräsidiums konstruktiv austauschen. Die praktischen Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen werden ebenfalls in die Entwicklung mit einfließen.

**„Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“**

Bereits in den 80er Jahren hat sich die GdP mit dem Funkstreifenwagen und allen Ansprüchen, die seine „Besonderheit“ ausmachen, grundlegend auseinandergesetzt. Dieses erste Arbeitspapier der GdP wurde 2009 weiterentwickelt und erschien als Positionspapier: „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“. Bereits hier haben wir das Erfordernis eines funktionalen „Polizeisitzes“ aufgezeigt und erste Rahmenvorgaben beschrieben.

**Sicherheit, Stoff und Farbgestaltung (Hygiene und Unempfindlichkeit):** „Die Forderung nach einer ‚Vollzugsdienstauglichkeit‘ der Sitze in den Funkstreifenwagen ist bis heute von den Automobilherstellern in seiner Problemstellung nicht angenommen, geschweige denn umgesetzt worden.“

Das Tragen der Dienstwaffe im täglichen Einsatz und im Besonderen das Erfordernis, einen Einsatzgürtel tragen zu müssen, ist in Verbindung mit dem Zugschnitt der Sitzfläche und der Gurtsicherung zwingend zu lösen. Eingeklemmte Dienstwaffen und andere, am Einsatzgürtel mitgeführte Gegenstände, behindern und gefährden das tägliche Einsatzgeschehen.“

**Nicht nur ein hessisches Thema**

Stand heute ist, dass es kaum Automobilhersteller gibt, der auf die für uns so bedeutsamen Problemstellungen direkt eingeht. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der „Sitz von der Stange“ eben nicht allen polizeilichen Belangen gerecht wird. Die Herstellung und der Einbau eines funktionalen Polizeisitzes, als Ersatz für den Standardsitz, ist nach GdP-Erkenntnissen möglich und sinnvoll. Die Kostenfrage steht hierbei in starker Abhängigkeit der bestellten Stückzahl.

Die GdP wird sich bundesweit sehr intensiv mit den Kolleginnen und Kollegen



deutlich verbessert. Asymmetrische seitliche Führungslinien, extrem weiche Einlagen im Bereich des unteren Drittels der Rückenlehne, Ausformungen in der Rückenlehne und der Sitzfläche, die das



## GdP FORDERT FUNKTIONALEN POLIZEISITZ

austauschen und die Weiterentwicklung vorantreiben.

### Erkenntnisse durch wissenschaftliche Untersuchung

Die hessische Landesregierung beabsichtigt ein begleitendes wissenschaftliches Gutachten durch die TU Darmstadt in Auftrag zu geben. Daraus gewonnene Erkenntnisse werden sicherlich für die Entwicklung eines funktionalen Polizeisitzes sehr hilfreich sein. Die GdP hält diesen zusätzlichen Schritt, hin zu einer langfristigen Lösung, für sinnvoll und hofft, dass diese begleitende Untersuchung zeitnah stattfindet.

Lothar Hölzgen, GdP-Landesvorstand



Die Bilder zeigen die Problemstellung beim Polizeisitz und die mögliche Lösung. Auf den bislang gewohnten Sitzkomfort muss dabei nicht verzichtet werden.

## AKTUELLES VON DER BEIHILFE

# Änderungen bei Rezepten beachten

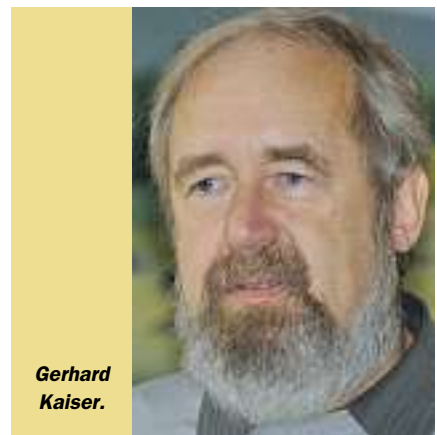
### Neuigkeiten in Sachen Beihilfe lieferte Gerhard Kaiser von der Beihilfestelle Hünfeld beim GdP-Seniorenseminar in Tann.

Neu ist, dass die Beihilfesätze für Heilpraktiker erhöht worden sind. Neu ist auch, dass Rezepte von Privatversicherungen seit Anfang des Jahres von der Beihilfestelle „rabattiert“ werden. Bei gesetzlich Versicherten machen das die Krankenkassen. Rabattierung heißt, die Beihilfestelle holt sich von den Apotheken, die ein Rezept eingelöst haben, gewisse Prozente. Das bringt dem Staat im Laufe eines Jahres einige Millionen Euro ein, wird geschätzt. Damit das System funktioniert, muss auf jedem Rezept die Kennziffer des ausstellenden Arztes stehen. Die steht nicht auf Privatrezepten, müsste eigens eingefügt werden. Deshalb rät Gerhard Kaiser, sich ein Rezept mit dem Zusatz „Privat“ auf einem Kassenformular ausstellen zu lassen. Dort steht die Kennziffer bereits drauf. Außerdem muss die Kennziffer (Institutskenzeichen) der Apotheke draufstehen, die das Rezept einlöst. Werden Rezepte zur Beihilfe eingereicht, die diese Ziffern nicht enthalten, werden sie von der Beihilfestelle an den Antragsteller zurückgeschickt, diese Ziffern eintragen zu lassen.

Wer im Ausland Medikamente kauft, stellt oft fest, dass sie dort z. B. bis zu 50

Prozent billiger sind als in Deutschland. Es sind die gleichen Medikamente wie bei uns, auch mit deutschem Beipackzettel (z. B. im Elsass). Dabei verdienen die dortigen Apotheker auch noch ihr Geld. Man kann daran aber erkennen, wie hoch die Gewinnmargen der Pharmaindustrie bei uns sind. Hier werden die Versicherten „abgezockt“.

Gerhard Kaiser informierte über die wenigen Euro, die es beim Kauf einer neuen Brille oder einer Ersatzbrille gibt (alle drei Jahre oder bei Verlust oder Totalbeschädigung, den Grund für den Ersatz muss man auf die Verordnung schreiben). Für das Gestell gibt es nichts, für Gläser minimale Beträge. Die Höhe richtet sich nach der Art der Gläser, z. B. Gleitsicht, Kunststoff, besonders gehärtet. Bei der Verordnung von Kontaktlinsen muss man eine Indikation haben, damit sie beihilfefähig werden. Wer eine neue Brille kauft, kann zum „Optiker seines Vertrauens“ gehen, wenn er es sich leisten kann. Dort ist der Kundendienst meist sehr gut, die Brillen sind aber entsprechend teurer. Fachleute raten, zu einem Optiker der allseits bekannten Ketten zu gehen. Dort gibt es immer wieder Prozente. Man kann dort meist auch handeln. Die Gläser sind oft die gleichen wie beim Optiker vor Ort. Von Insidern ist bekannt, dass die „billigen“ Gläser genauso viel kosten in der Herstellung wie die teuren, die ein Optiker anpreist.



Gerhard Kaiser.

Grundsätzlich sollte sich ein „Patient“ verhalten wie ein Kunde und sollte hart um den Preis verhandeln. Das gilt auch bei einem Krankenhausaufenthalt. Man sollte fragen, was ein Zwei-Bett-Zimmer kostet. Da haben die Kassen bei den verschiedenen Krankenhäusern verschiedene Beträge ausgehandelt. Man sollte dem Krankenhaus anbieten, ein Zwei-Bett-Zimmer zu nehmen, wenn es nicht mehr kostet als 60 Euro. Man kann auch ein Ein-Bett-Zimmer nehmen, wenn man es zum Preis eines Zweiers bekommt. Eine Chefarztbehandlung ist bei freiwillig gesetzlich Versicherten zu 100 Prozent beihilfefähig. Auch beim Zahnersatz gibt es 100 Prozent

Fortsetzung auf Seite 4



AKTUELLES VON DER BEIHILFE

Fortsetzung von Seite 3

Beihilfe, wobei vorher der Kassenanteil abgezogen wird. Hier gibt es mehrere Varianten, auch für Implantate. Wenig Geld gibt es auch für die teuren Hörgeräte. Hier soll es aber demnächst eine Verbesserung geben.

Kundenzentrum

Beihilfe ist ein kompliziertes Ding. Wer Fragen hat, kann sich an das Kundenzentrum der Beihilfestelle wenden. Der dortige Telefondienst ist von montags bis freitags von 8 bis 16.30 Uhr zu erreichen (Tel.: 05 61/1 06 15 50). Diese Nummer steht aber auch auf jedem Bei-

hilfeantrag. Da meistens montags und am Dienstagvormittag das Kundenzentrum besonders belastet ist, sollte man zu anderen Zeiten anrufen. Auch in der Mittagspause hat man eine gute Chance durchzukommen, da die Telefone durchgehend besetzt sind.

Norbert Weinbach

TARIFPOLITIK AKTUELL

# Verhandlungen zur Entgeltordnung zum TV-H haben begonnen



Heinz Schiskowsky.

Im November 2012 begannen die Verhandlungen mit dem Land Hessen zur Entgeltordnung (EGO) zum TV-H unter Beteiligung der Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW, IG BAU und dbb tarifunion im Innenministerium in Wiesbaden. Es gab eine Verständigung darüber, diese Entgeltordnung möglichst bis zum 1. 1. 2014 in Kraft zu setzen.

Folgende Punkte wurden vereinbart:

1. Grundlage der Verhandlungen ist die Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) sowie die ergänzenden Positionen bzw. Forderungen sowohl der Arbeitgeberseite, als auch die der oben genannten Gewerkschaften. Zu den Verhandlungen der speziellen Teile der Entgeltordnung zum TV-H wird eine Arbeitsgruppe von je fünf Personen (fünf Personen von der Arbeit-

berseite und fünf Personen von Seiten der Gewerkschaften) gebildet. Seitens der Gewerkschaften sind hierfür benannt: Jens Ahäuser (ver.di), Heinz Schiskowsky (GdP), Rüdiger Bröhling (GEW), Michael Schmitt (IG BAU) und Boris Budrus (dbb tarifunion). Wenn es erforderlich ist, werden jeweils Sachkundige beider Seiten hinzugezogen.

2. Es wurde vereinbart, dass die Verhandlungen zur Entgeltordnung nicht wegen der im Februar 2012 beginnenden Tarif- und Besoldungsrunde 2013 unterbrochen werden, d. h., wir verhandeln zeitversetzt sowohl über die Entgeltordnung, als auch über die Entgelttrunde 2013, bei der auch über eine Neuregelung der Urlaubsstaffelung mit verhandelt wird. Ansonsten wären die Verhandlungen zur EGO bis zu einem Abschluss der Entgelttrunde 2013 ausgesetzt worden. Dies wollte keine der beiden Seiten, daher das sportliche

Vorhaben, denn wie schon erwähnt, möchten wir die EGO bis 1. 1. 2014 in Kraft setzen.

Wie geht's weiter?

Die nächsten Termine zu Verhandlungen der EGO werden am **22./23. 1. 2013** (gemeinsame Verhandlungskommission der beteiligten Gewerkschaften), **18.-20. 3. 2013** sowie vom **8./9. 4. 2013** stattfinden. Wobei die beiden letztgenannten Termine ausschließlich von den oben genannten 5er-Gruppen plus Sachverständigen beider Seiten wahrgenommen werden. Weitere Termine sind derzeit nicht vereinbart.

Lediglich der weitere Termin zum Abschluss zur Entgelttrunde 2013 steht fest. Dieser Abschluss wird am 15. und 16. 4. 2013 in Wiesbaden stattfinden, bei dem auch die Tarifkommissionen der beteiligten Gewerkschaften vor Ort sein werden.

Heinz Schiskowsky

## Egal wohin...



## Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!  
Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!  
Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.



# Lebhafte Diskussionen der Teilnehmer



Seminarteilnehmer vor dem Standbild des Freiherrn von der Tann.

Mehrere Dinge konnte man am Ende des diesjährigen Seniorenseminars der GdP feststellen. Die Teilnehmer/-innen waren durchweg zufrieden und machten auch Vorschläge für künftige Seminare. Die Referenten trugen ihre Beiträge sehr lebendig vor, auch wenn manches Thema ein wenig kompliziert war. Es gab lebhaft Diskussions und Beifall für die Vortragenden. Die Unterbringung war recht gut und das Essen so reichlich und schmackhaft, dass an Abnehmen nicht zu denken war. Es hat sich positiv ausgewirkt, dass Partnerinnen und Partner bei dem Seminar mit eingeladen waren. Die Themenvielfalt dieser Veranstaltung war schon fast zu umfangreich. Das eine oder andere Thema weglassen, dafür andere ausführlicher behandeln, eine Anregung für die Zukunft. Positiv aufgenommen wurde der landespolitische Bericht von Lothar Hölzgen. Senioren/-innen kommen nicht so gut an Informationen der täglichen Arbeit wie die Aktiven im Dienst.

## Funktionsbezogene Einschränkungen

Lothar Hölzgen berichtete vom Kampf der GdP um eine Verbesserung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und über die Misere mit den Sitzen im Streifenwagen „Insignia“. Verbesserungen sind in Sicht.

Es gibt bei der hessischen Polizei etwa 1200 Beamte/-innen mit „funktionsbezogenen Einschränkungen“. Das sind Beschäftigte, die nur noch bedingt einsatzbereit sind.

Es ging um zusätzliche Urlaubstage für Beamte/-innen aufgrund eines EuGH-Urteils und um Dienstatersstufen, die heute Erfahrungsstufen heißen. Dabei gibt es auch wieder ein Urteil, das von ei-

ner Altersdiskriminierung spricht, weil den Beamten/-innen von Anfang an ihr „Endgrundgehalt“ zustehe.

Die GdP ist weiterhin bestrebt, den A-10er-Bauch zu beseitigen, damit die Kollegen/-innen mit der A 11 in den Ruhestand gehen können.

Es wurde eine Verbesserung der Einstellungszahlen erreicht. Bis zum Jahr 2020 gehen rund 50 Prozent der Kollegen/-innen in Ruhestand.

Die Tarifverhandlungen für 2013 beginnen jetzt. Da muss auch für die Pensionäre/-innen etwas mehr herauskommen als bisher.

Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat um über 20 Prozent zugenommen! Innenminister Rhein hat die GdP-Initiative zur Schaffung eines neuen § 115 StGB gefordert. Gewalt gegen die Polizei muss härter bestraft werden!

Kritisch bewertet die GdP zurzeit die Verhandlungen von Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg um die Zusammenlegungen von z. B. Polizeiorchester, Wasserschutzpolizei und Flugbereitschaft. Da laufe nicht alles optimal.

## Betreutes Wohnen und Pflege

Martin Kersting, Sozialarbeiter beim Landkreis Fulda, hatte viele praktische Erfahrungen sammeln können im Laufe seines Berufslebens. Da er auch noch als Seniorenberater an einem Pflegestützpunkt aktiv ist, war ihm auch das Thema Pflege nicht unbekannt. Pflegestützpunkte seien zur Beratung von gesetzlich Versicherten geschaffen worden. Privat Versicherte würden von der Organisation „Compass“ beraten. Da Menschen immer älter würden, sei es nur natürlich, dass sie im Alter auch entsprechende

Wohnungen benötigen, wenn es sein müsse, auch mit der Möglichkeit der ambulanten Pflege. Betreutes Wohnen sei kein gesetzlich geschützter Begriff, es sei

*Fortsetzung auf Seite 6*

Anzeige

## Mutig genug, Hilfe anzunehmen?



Ganzheitliches  
psychosomatisches  
Behandlungsangebot  
speziell für Beamte  
im Vollzugsdienst

Parkklinik   
Heiligenfeld  
Bad Kissingen

www.heiligenfeld.de  
Tel. 0971 84-0



## SENIORENSEMINAR IN TANN

Fortsetzung von Seite 5

auch nicht zu verwechseln mit altersgerechtem Wohnen. Dazu gehörten zum Beispiel ein Aufzug oder eine ebenerdig zugängliche Dusche, breite Türen ohne Schwellen, geeignet für Rollstuhlfahrer. Wichtig sei auch ein 24-Stunden-Notruf. Da der Mensch die Eigenschaft habe, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu wohnen, müsse er sich rechtzeitig Gedanken darüber machen, ob seine Wohnung, sein Haus, fürs Alter geeignet ist. Kann ich noch Autofahren, gibt es öffentliche Verkehrsmittel, habe ich Geschäfte in der Nähe, habe ich einen Bekanntenkreis, damit ich nicht einsam bin. Wer auf dem „romantischen“ Land lebe, habe es schwerer als in einer Stadt. Auf alles müsse man sich vorbereiten, solange man Einfluss darauf habe. Dazu gehöre auch, sich zu erkundigen, wo es Informationsstellen gibt. Hilfsorganisationen wie DRK, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, VdK, Seniorenbeiräte und auch Sozialämter seien meist geeignete Anlaufstellen.

Wichtig sei auch, sich regelmäßig ärztlich untersuchen zu lassen, sich um seine Gesundheit zu kümmern, mahnte Martin Kersting. Dazu gehöre auch die Ausfertigung eines Patienten-Testaments, eine Bankvollmacht für beide Partner, eine Vorsorgevollmacht, eine Betreuungsverfügung und, bei zu pflegenden Angehörigen



Blick in den Seminarraum in Tann.

Fotos: nw

gen auch ein Notfallplan, wer pflegen soll/kann/darf, wenn ein Ehepartner ausfällt. Nicht zu vergessen ist für Beamte/-innen auch eine Vollmacht für Vertrauenspersonen, die Beihilfe beantragen dürfen. Vieles von dem, was Martin Kersting erzählt hatte, ist auch im APS-Programm der GdP enthalten. Nachzuschauen im Internet im Mitgliederbereich der GdP.

### Erben und Vererben

Das trockene Thema „Erben und Vererben“ hatte sich Rechtsanwalt Dr. Norbert Rücker vorgenommen. Es sei ein Bestreben des Menschen, Vorsorge zu treffen für seinen Tod und die Zeit danach. Es sei ein Wunsch des Menschen, ein Testament zu erreichen. Das sei immer besser als die gesetzliche Erbfolge. Da könne es im Erbfall zu Streit kommen. Wer sein Vermögen rechtzeitig ordne, könne späteren Streit vermeiden. Den Satz „Ich habe nichts zu vererben“, ließ Dr. Rücker nicht gelten. Man könne auch „Ideelles“ vererben, zur Not sogar Schulden. Es sei eine Frage, ob man dann ein Erbe annehme.

Testament heißt „mein letzter Wille“. Darin könne man regeln, wie man beerdigt werden wolle, wie die Grabpflege erfolgen solle. Ein Testament müsse handschriftlich verfasst werden und von den Erblassern unterschrieben werden. Es könne überall aufbewahrt und immer wieder geändert werden. Ein Testament vor einem Notar koste Geld, werde beim Amtsgericht aufbewahrt und sei im Todesfall von den Erben zu erreichen. Die Kosten für die Verwaltung eines Testaments richteten sich nach der Höhe des Vermögens. Bei 100 000 Euro seien es 51,76 Euro.

Dr. Norbert Rücker erklärte, wie ein Berliner-Testament (Ehepaare setzen sich gegenseitig als Erben ein) abgefasst werde, dass bei der gesetzlichen Erbfolge die Blutsverwandtschaft in auf- und absteigender Linie zähle, dass es einen „Pflichtteil“ gibt und wie der aussieht.

Das kann im Einzelfall recht kompliziert sein. Überhaupt ist das Thema „Erben und Vererben“ kompliziert. Ein Testament muss eindeutig sein und bei mehreren Erben auch bestimmt. Wer soll was bekommen. Bei der Vererbung von Grundstücken sollte man sich grundsätzlich von einem Notar beraten lassen. Ein „öffentliches Testament“ ersetzt den Erbschein bei der Eintragung ins Grundbuch. Bei einem Grundstück mit einem Wert von 1 Million Euro betragen die Kosten für den Erbschein beim Nachlassgericht 1557 Euro.

Dr. Norbert Rücker erläuterte die Begriffe der Zugewinnngemeinschaft und eines Ehevertrages, erklärte, was Vor- und was Nacherben sind und auch was ein „befreiter Vorerbe“ ist. Nur „eingetragene“ Lebenspartnerschaften seien wie Ehepaare zu behandeln. Sein abschließendes Fazit: „Es ist gut, ein Testament zu haben.“

### Im Straßenverkehr besonders gefährdet

Sehr lebhaft gab sich Gerhard Brink, der Mann von der Straßenverkehrswacht Fulda, früher selbst Schutzmann und Leiter der Polizeistation Hilders. Ältere Menschen seien im Straßenverkehr besonders gefährdet. Statistisch hätten sie die gleichen Unfallzahlen wie 18- bis 20-Jährige. Senioren/-innen trügen aber öfters die Schuld an einem Unfall, zwischen 67 und 75 Prozent, je nach Alter.

Brink hielt nichts von jährlichen Führerscheinüberprüfungen. Senioren/-innen sollten aber vorsichtiger sein beim Autofahren, sich nicht unbedingt darauf verlassen, dass andere Kraftfahrer aufpassen. Man müsse sich selbst realistisch einschätzen. Eigenverantwortung sei gefragt. Alter alleine sei kein Ausschließungsgrund vom Autofahren.

Senioren/-innen sind aber auch als Fußgänger unterwegs und als Radfahrer, auch mit dem modernen und schnellen E-Bike. 15 Prozent aller Verletzten seien Fußgänger, 50 Prozent der Toten älter als



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



## SENIORENSEMINAR IN TANN

65 Jahre. Bei Radfahrern gebe es doppelt so viele Verletzte wie bei Fußgängern. Vorwiegend gebe es Kopfverletzungen, die zum Tode führten. Deshalb sei es wichtig, einen guten Helm zu tragen. Das Anlegen des Helmes, was Brink demonstrierte, sei ebenso wichtig wie das richtige Anlegen eines Sicherheitsgurtes. Die meisten Toten und Verletzten habe man im Pkw. Ein Gurt müsse richtig sitzen, müsse straff angelegt sein, die Sitzposition solle aufrecht sein, die Arme am Lenkrad leicht angewinkelt (verhindert bei einem Unfall Knochenbrüche) und die Kopfstützen sollten so hoch sein wie der Kopf.

Gut hören ist im Straßenverkehr ebenso wichtig wie gut sehen. Fahren mit

schlechten Augen ist wie Fahren mit schlechter Bremse. Wichtig sei aber auch, gut gesehen zu werden. Man dürfe nicht vergessen, dass bei Verkehrsunfällen nicht Kilos auf die Insassen einwirkten. Die Wucht eines Aufpralls wirke in Tonnen. Lose Gegenstände in einem Auto könnten zu tödlichen Geschossen werden. Beim Bremsen müsse man die Reaktionszeit beachten, die meist länger sei als man glaube. Der gesamte Bremsweg bis zum Stillstand sei dann noch einmal länger. Da verschätze man sich gerne und dann komme es ungewollt zu einem Verkehrsunfall. Das Thema war so interessant, dass sich automatisch eine lebhaft Diskussion ergab.

### Statt „Pflege“ gab es „Beihilfe“

Einige Neuigkeiten in Sachen Beihilfe lieferte Gerhard Kaiser, unser Fachmann für dieses Thema bei der Beihilfestelle in Hünfeld. Er war bereits zum vierten Mal bei der GdP und immer wieder hatte er Neuerungen und Altbewährtes zu berichten (siehe Bericht Seite 3).

Zum guten Schluss bliebe noch zu erwähnen, dass die Seminarteilnehmer viele Fragen hatten, dass Gerhard Kaiser eigentlich über Pflege referieren wollte. Dazu ist er aber nicht gekommen. Wir werden ihn beim nächsten Seminar im Oktober 2013 wieder einladen.

*Norbert Weinbach*

## KREISGRUPPE MUDRA

# Rückblick auf ein bewegtes Jahr

### Ende November fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Mudra statt.

Als besondere Gäste begrüßte der Vorsitzende Tino Müller den Abteilungsleiter der I. BPA, Frank von der Au, sowie den BZG-Vorsitzenden Detlef Otto. Erfreulich war die große Anzahl von Pensionären, die in diesem Jahr zur Versammlung erschienen waren und damit sowohl die noch vorhandene Verbundenheit zu ihrer GdP aber auch das Interesse an den aktuellen Entwicklungen in ihrer ehemaligen Dienststelle deutlich machten.

Zunächst berichtete der Vorsitzende über die Aktivitäten der Kreisgruppe im Berichtszeitraum:

- Unterstützung von Veranstaltungen in der I. BPA durch Bereitstellung von Sachpreisen,
- Durchführung des Skatturniers im November 2011 und 2012,
- Finanzierung und Bereitstellen von Werbemitteln,
- Bearbeiten von Rechtsschutzvorgängen,
- Unterstützung des Familienfestes der I. BPA am 23. August 2012 durch.

In seinem Jahresrückblick verwies der Vorsitzende noch einmal auf das sehr gute Wahlergebnis für die GdP in der hessischen Bereitschaftspolizei von 70 Prozent der abgegebenen Stimmen anlässlich der Personalratswahlen im Mai dieses Jahres. Die Wahlbeteiligung in der



**Ehrung verdienter Gewerkschaftsmitglieder.**

I. BPA lag bei knapp 60 Prozent und damit deutlich über dem Gesamtschnitt in der HBP. Von 13 Mitgliedern für den Personalrat im HBPP stellt die GdP neun.

Ein breites Thema war die beabsichtigte Schließung der TEE 19. Hierbei wurde noch einmal verdeutlicht, dass für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit ihnen abgesprochene individuelle sozial verträgliche Lösungen gefunden werden müssen bei der Frage ihrer künftigen dienstlichen Verwendung.

Als Teil einer gerechten Wertschätzung der HBP wurde die Forderung zur Gleichbehandlung des Personals der HBP mit dem Personal der anderen Behörden der hessischen Polizei beim Stellenhebungsprogramm gestellt. Tino Müller bedankte sich in diesem Zusammenhang für die große Beteiligung bei der vor

wenigen Wochen an den Innenminister weitergeleiteten Resolution mit der Forderung nach Gleichbehandlung bei der Berechnung des Stellenkegels, bei der abschließend 800 Unterschriften gezählt werden konnten.

Im Rahmen von Ergänzungswahlen im Kreisgruppenvorstand wurden Jasmin Schäfer, EE 11, zur Schriftführerin und Michael Laux zum Vertrauensmann der Führungsgruppe gewählt. Und nach dem Lob des Kassenrevisors Thorsten Graf über die gute und ordnungsgemäße Kassenführung durch den Kassierer Egbert Host wurden die nachfolgend genannten Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt: **Michael Laux und Markus Ehl für 25 Jahre Mitgliedschaft, Robert Dolanz für 40 Jahre Mitgliedschaft, Gerd Schmidt und Gerhard Helmer für 50 Jahre Mitgliedschaft.**

*Tino Müller*



# Zahlreiche Ehrungen bei der Jahreshauptversammlung

**Anfang November fand die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Ziegenhain im „Landgasthof Bechtel“ in Zella statt.**

Als geladene Gäste konnten wir die hiesige Landtagsabgeordnete Regine Müller, den BZG-Vorsitzenden Stefan Rüppel und den Personalratsvorsitzenden Klaus Vestweber begrüßen.

Der Vorsitzende Thomas Justus bedankte sich nochmals bei seinem Vorgänger Hans-Joachim Barwe, der ihm mit tatkräftiger Unterstützung bei dem Einstieg in sein neues Amt behilflich war.

Die größte Herausforderung im vergangenen Geschäftsjahr war die Durchführung der Personalratswahl, die mit einem sehr guten Ergebnis für die GdP bilanziert werden konnte. Die Veranstaltung bot den geladenen Gästen die Möglichkeit, die Kollegen über wichtige Angelegenheiten zu informieren.



**Erinnerungsfoto.**

Bei seinem Referat ging Klaus Vestweber nochmals auf den hervorragenden Ausgang der Personalratswahl in diesem Jahr ein. Die Inanspruchnahme des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) wurde ebenfalls thematisiert.

Stefan Rüppel stellte sich als neuer Bezirksgruppenvorsitzender der GdP der Versammlung vor und erläuterte, wie er durch die Teilnahme an Schichtumläufen in verschiedenen Dienststellen versuchen will, die Probleme der Kollegen zu hinterfragen.

Weiterhin teilte er die Termine der geplanten Veranstaltungen der GdP mit und bat um Unterstützung. Die SPD-Land-

tagsabgeordnete Regine Müller zeigte sich sehr interessiert und ging in ihrem Referat auf die Problematik der 42-Stunden-Woche im Polizeidienst ein. Dieses Problem sei innerhalb ihrer Partei erkannt worden und man werde sich zu gegebener Zeit damit auseinandersetzen.

Als Höhepunkt der Veranstaltung dürfte die Ehrung verdienter Mitglieder innerhalb der Reihen der GdP-Kreisgruppe Ziegenhain anzusehen sein.

Hier wurden Hans Joachim Barwe und Richard Deubel für das 40-jährige Dienstjubiläum und Sandra Glowalla für das 25-jährige Dienstjubiläum geehrt.

Heinfried Junghans und Walter Dolz konnten gar für ihre 50-jährige GdP-Mitgliedschaft und für 25-jährige Mitgliedschaft konnten Günter Schwarze, Jochen Jäckel, Hartmut Hoos, Thomas Justus, Jürgen Diehl und Richard Faßbender geehrt werden.

**Thomas Justus**  
**KG Ziegenhain**

## EHRUNGEN

### 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Britta Deharde**  
**Gisela Horacek**  
**Brigitte Hunold**  
**Carmen Mies**  
**Klaus-Walter Müller**  
**Gabriele Zöller-Huse**  
Kreisgruppe HLKA  
**Günther Frey**  
**Harald Müller**  
**Ralf Reder**  
Kreisgruppe Groß-Gerau  
**Alexander Bär**  
**Reiner Enders**  
**Klaus-Dieter Fischer**  
**Horst Geizenauer**  
**Mark Götze**  
**Winfried Gutberlet**  
**Wolfgang Heil**  
**Ulrich Jökel**  
**Torsten Kühnel**  
**Eberhard Mackenrodt**  
**Ulrich Scheithauer**  
**Martin Zentgraf**  
Kreisgruppe Fulda

### 40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Magdalena Herbst**  
**Hans Puff**  
**Heinz Reimann**  
**Hans Teßmer**

**Armin Visosky**  
**Peter Weck**  
Kreisgruppe HLKA  
**Harald Altwig**  
**Ottmar Diehl**  
**Karlheinz Koenigsfeld**  
Kreisgruppe Groß-Gerau  
**Helmut Werthmüller**  
**Erwin Zentgraf**  
Kreisgruppe Fulda

### 50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Winfried Dirszus**  
Kreisgruppe HLKA

**Karl-Heinz Schmidt**  
Kreisgruppe Groß-Gerau  
**Arthur Belika**  
**Bernd Hillenbrand**  
**Hans Peter Hopfhauer**  
**Eugen Kress**  
Kreisgruppe Fulda

### 60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

**Franz Junginger**  
Kreisgruppe HLKA  
**Walter Larbig**  
**Helmut Möller**  
**Hedwig Weisbecker**  
Kreisgruppe Fulda

## ES VERSTARBEN

**Alfred Müßigbrodt**  
**Sophie Gilberger**  
Bezirksgruppe Frankfurt  
**Hildegard Siebald**  
Kreisgruppe Kassel  
**Klaus-Dieter Heußner**  
Kreisgruppe Melsungen

**Manfred Speer**  
Kreisgruppe Werra-Meissner  
**Werner Gehrige**  
Kreisgruppe HBPP  
**Ludwig Horn**  
Kreisgruppe Untertaunus  
**Josef Fritsch**  
Kreisgruppe HPA

*Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!*

